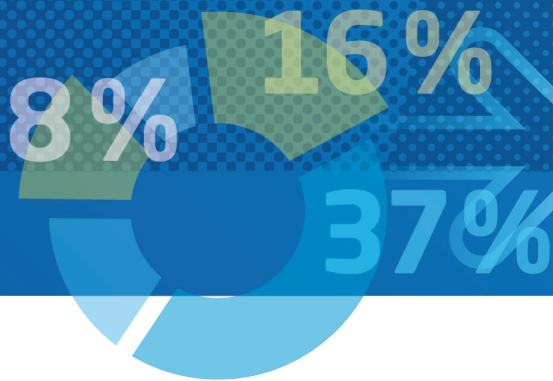




Ruhrwirtschaft

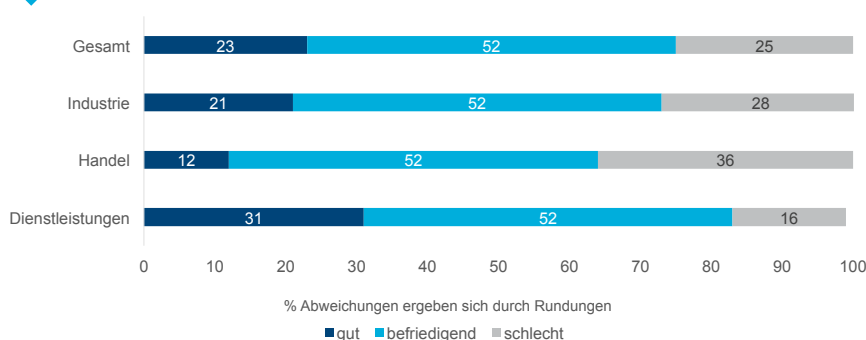
117. Konjunkturbericht | Herbst 2026

Wirtschaft auf vorsichtigem Erholungskurs

Die Wirtschaft im Ruhrgebiet befindet sich auf einem vorsichtigen Erholungskurs. Gleichzeitig belasten der weiterhin anhaltende Ukraine-Russland-Krieg sowie der Konflikt im Nahen Osten die Weltwirt-

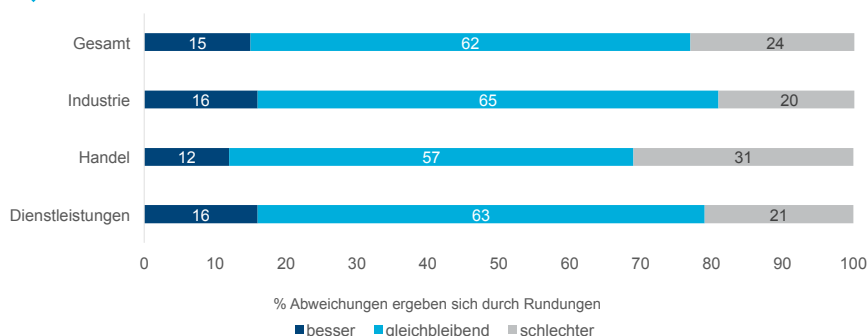
schaft erheblich. Anhaltende Unsicherheiten auf den Energie- und Rohstoffmärkten führen zu Preisschwankungen bei Öl, Gas und wichtigen Handelsgütern. Zudem wirken sich geopolitische Spannungen zunehmend negativ auf internationale Lieferketten, Investitionsentscheidungen und das weltweite Wirtschaftswachstum aus. Viele Betriebe sehen sich deshalb mit steigenden Kosten und erschwerten Planungsbedingungen konfrontiert. Dies belegen die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage der IHKs im Ruhrgebiet, an der sich über 670 Unternehmen mit mehr als 79.000 Beschäftigten beteiligt haben.

Geschäftslage nach Wirtschaftsbereichen



Die aktuelle Geschäftslage aller befragten Unternehmen zeigt sich weitgehend stabil. Mit 75 Prozent bewertet drei Viertel der Unternehmen ihre Situation als gut oder

Geschäftserwartungen nach Wirtschaftsbereichen



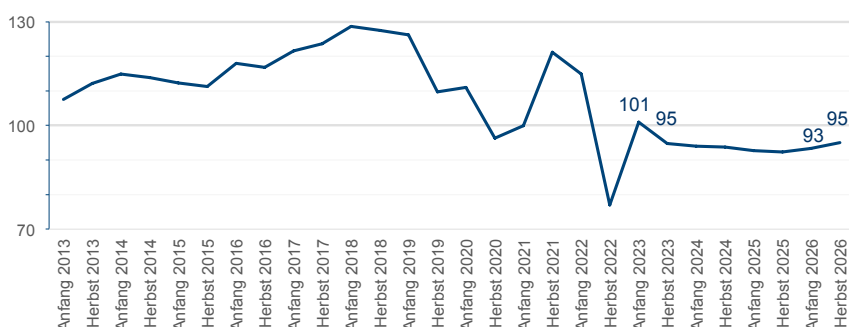
befriedigend. Gegenüber dem Jahresbeginn 2026 ist dies eine leichte Verbesserung um einen Prozentpunkt. Im Vorjahr bewerteten ebenso 75 Prozent der Unter-

nehmen ihre Geschäftslage als gut oder befriedigend.

Etwas zuversichtlicher zeigen sich die Unternehmen bei der zukünftigen Geschäftslage. Aktuell bewerten 77 Prozent der Unternehmen ihre zukünftige Geschäftslage positiv und rechnen entweder mit einer Verbesserung oder einer gleichbleibend guten Entwicklung. Zum Jahresbeginn 2026 waren es 78 Prozent und vor einem Jahr waren es 76 Prozent der Betriebe, die ihre Geschäftslage verbessert oder auf gleichbleibendem Niveau sahen.

Der Klimakonjunkturindex legte gegenüber dem Jahresbeginn um zwei Prozentpunkte zu und liegt mit 95 Punkten erstmals seit drei Jahren (Herbst 2023) wieder auf diesem Niveau.

Konjunkturklima



Geschäftsrisiken der Unternehmen

Die wirtschaftlichen Folgen des Nahost-Konflikts schlagen sich merklich in den Geschäftsrisiken der Unternehmen nieder. Die häufigsten Risiken sind die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise sowie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit jeweils 63 Prozent.

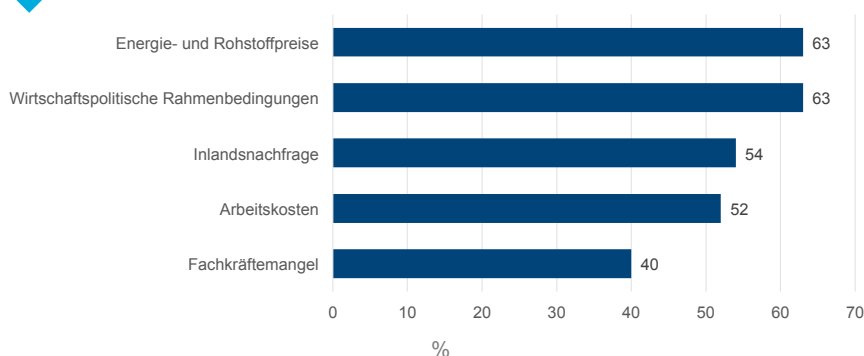
Kurz nach Kriegsbeginn gab es große Preissprünge bei Öl, Gas und Benzin. Im Laufe des zweiwöchigen Umfragezeitraums im September stiegen die Spritpreise in Deutschland auf ein neues Allzeithoch. So lag im bundesweiten Durchschnitt der Preis für Diesel bei 2,471 Euro/Liter und für Super E 10 bei 2,308 Euro/Liter. Auch die Preise für Baumateria-

lien und Kunststoffe sind zwischenzeitlich deutlich gestiegen. Entsprechend spüren Unternehmen aus allen Wirtschaftszweigen einen erhöhten Kostendruck.

Mit ebenfalls 63 Prozent bewerten die Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als zentrales Risiko. Dazu zählen insbesondere bürokratische Hürden, langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, die anhaltende Sorge vor einer Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten sowie die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik.

An dritter Stelle folgt das Risiko der Inlandsnachfrage (54 Prozent). Aufgrund der

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung



langanhaltenden Schwächephase sind Auftragsmangel und Konsumzurückhaltung in der Breite der Wirtschaft ein Problem.

Mit 52 Prozent der genannten Risiken werden die gestiegenen Arbeitskosten angegeben. Dahinter verbergen sich nicht nur allgemeine Lohnsteigerungen im Zuge hoher Inflationsraten, sondern auch stei-

gende Belastungen durch Sozialversicherungen sowie die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns.

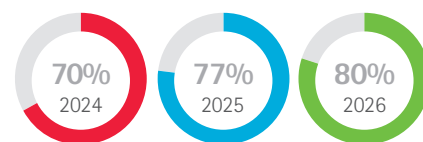
Während noch im Herbst 2023 für über 60 Prozent der Unternehmen der Fachkräftemangel ein wesentliches Risiko war, sorgen sich aktuell nur noch 40 Prozent vor einem Mangel an qualifiziertem Personal.

Industrie

Die gegenwärtige Geschäftslage in der Industrie sehen 28 Prozent der befragten Betriebe als schlecht. Die Lage hat sich gegenüber zum Jahresbeginn um zwei Prozentpunkte (30 Prozent) verbessert, gegenüber dem Vorjahreszeitraum um einen Prozentpunkt (29 Prozent). Die aktuelle Lage ist geprägt durch den Energieschock und die Lieferkettenstörungen im Zuge des Konfliktes im Nahen Osten. Den Industrieunternehmen machen besonders die hohen Energie- und Rohstoffpreise zu schaffen und stellen mit 75 Prozent (58 Prozent zu Jahresbeginn) das größte Risiko dar. Höhere Werte waren zuletzt vor vier Jahren während der Energiepreiskrise nach dem russischen Überfall auf die Ukraine zu beobachten (95 Prozent im Herbst 2022).

Die Industrie bewertet ihre zukünftige Geschäftslage deutlich positiver als noch in den vorangegangenen Umfragen. So erwarten 80 Prozent der Unternehmen eine bessere oder zumindest gleichbleibende wirtschaftliche Entwicklung. Im Vorjahr lag dieser Wert bei 77 Prozent, vor zwei Jahren sogar nur bei 70 Prozent.

Der positive Trend wird insbesondere durch die verbesserten Exporterwartungen gestützt. Über drei Viertel der Industrieunternehmen (77 Prozent) rechnen mit steigenden oder zumindest stabilen Exporten. Zum Jahresbeginn waren es noch 69 Prozent, vor einem Jahr lediglich 65 Prozent, die ihre Exportaussichten positiv einschätzten.

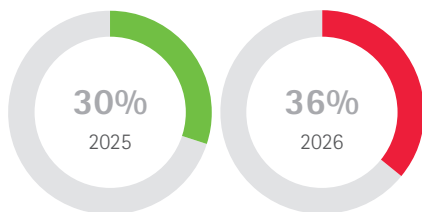


die Industrie bewertet die Geschäftslage deutlich positiver

Handel

Die Stimmung im Handel trübt sich zunehmend ein. Bereits vor der Eskalation des Nahostkonflikts litt die Branche unter einer schwachen Nachfrage von Verbrauchern und Unternehmen infolge der anhaltenden

wirtschaftlichen Stagnation. Inzwischen belasten zusätzlich deutlich gestiegene Energiekosten sowie erneute Störungen in den Lieferketten die Unternehmen.



Anteil der Betriebe mit schlechter Geschäftslage hat sich erhöht

Auch die weiterhin zurückhaltende Konsumneigung der Verbraucher wirkt sich dämpfend auf die Geschäftsentwicklung aus. Besonders kleine und mittelständische Einzelhändler geraten zunehmend unter Druck, da sie sich einem immer intensiveren Wettbewerb durch große Onlinehändler und außereuropäische Plattformanbieter gegenübersehen.

Vor diesem Hintergrund verschlechtern sich sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Erwartungen an die zukünftige Geschäftsentwicklung im Handel spürbar.

Von allen Wirtschaftszweigen bewertet der Handel seine aktuelle Geschäftslage am kritischsten. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Lage als gut einschätzen, ist gegenüber dem Jahresbeginn von 14 auf 12 Prozent gesunken. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Betriebe mit einer schlechten Geschäftslage von 30 auf 36 Prozent erhöht. Damit beurteilt inzwischen mehr als jedes dritte Handelsunternehmen seine aktuelle Situation negativ.

Wie auch in den anderen Wirtschaftszweigen haben sich im Handel die Energie- und Rohstoffpreise zum größten Geschäftsri-

siko entwickelt. 70 Prozent der Unternehmen nennen diesen Faktor als Risiko, nach 47 Prozent in der Vorumfrage. Damit wird nahezu wieder das Niveau der Energiepreiskrise erreicht, als der Wert bei 88 Prozent lag.

An zweiter Stelle folgt die schwache Inlandsnachfrage, die von 66 Prozent der Händler als Risiko eingestuft wird, nach zuvor 75 Prozent. Zudem sorgen sich 58 Prozent der Unternehmen über steigende Arbeitskosten. Noch häufiger werden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risikofaktor genannt. Mit 64 Prozent zählen insbesondere bürokratische Belastungen, lange Genehmigungs- und Planungsverfahren sowie regulatorische Unsicherheiten zu den größten Herausforderungen.

Der Fachkräftemangel hat dagegen deutlich an Bedeutung verloren. Während vor einem Jahr noch fast jedes zweite Unternehmen (47 Prozent) hierin ein wesentliches Geschäftsrisiko sah, äußern aktuell nur noch 37 Prozent entsprechende Sorgen.

80%

der Unternehmen im Verkehrsgewerbe sehen die hohen Energie- und Rohstoffpreise als das größte Risiko

Dienstleistungen

Der heterogene Dienstleistungssektor beurteilt seine aktuelle Geschäftslage im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsbereichen weiterhin überdurchschnittlich positiv. So berichten 84 Prozent der Unternehmen von einer guten oder zumindest befriedigenden Geschäftslage, nach 80 Prozent in der Vorumfrage.

Für die Zukunft berichten 79 Prozent der Dienstleister von einer besseren und gleichbleibenden Lage. Im Vergleich zu der letzten Umfrage zum Jahresbeginn lag der Wert bei 78 Prozent.

Die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung werden von den Dienstleistungsunternehmen im Vergleich zu anderen Branchen insgesamt als weniger gravierend eingeschätzt. Die Hauptsorgen liegen insgesamt bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (59 Prozent) sowie den gestiegenen Energie- und Rohstoff-

kosten und den Arbeitskosten mit jeweils 50 Prozent. Innerhalb des Dienstleistungssektors berichteten insbesondere die Unternehmen des Verkehrsgewerbes von erheblichen Belastungen durch die deutlich gestiegenen Kraftstoffpreise. Für vier von fünf Betrieben (80 Prozent) stellen die hohen Energie- und Rohstoffkosten das größte Risiko für ihre zukünftige Geschäftsentwicklung dar.

Die Investitionsabsichten im Dienstleistungssektor bleiben gegenüber der Vorumfrage unverändert. Im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsbereichen weisen die Dienstleister jedoch weiterhin die höchste Investitionsbereitschaft auf. Knapp ein Viertel der Unternehmen (23 Prozent) plant, seine Investitionsbudgets aufzustocken. Zudem beabsichtigt nahezu ein Drittel der Betriebe (31 Prozent), verstärkt in Produktinnovationen zu investieren.

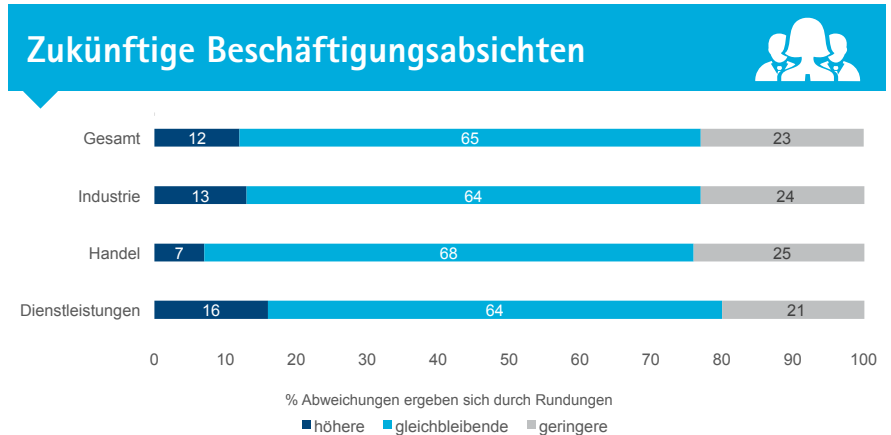
Zukünftige Beschäftigungsabsichten

Branchenübergreifend plant die Mehrheit der Unternehmen keine Veränderungen beim Personalbestand. Rund 65 Prozent der Betriebe gehen für dieses Jahr von einer konstanten Beschäftigtenzahl aus. Dagegen beabsichtigen lediglich 12 Prozent, zusätzliches Personal einzustellen.

In der Industrie bleibt die Beschäftigungsentwicklung weiterhin von Zurückhaltung geprägt. Wie bereits zu Jahresbeginn rechnen lediglich 13 Prozent der Unternehmen mit einem Personalaufbau. Demgegenüber plant knapp ein Viertel der Industriebetriebe (24 Prozent) einen Beschäftigungsabbau (Vorumfrage 26 Prozent).

Etwas positiver fallen die Beschäftigungsabsichten im Dienstleistungssektor aus. Hier beabsichtigen 16 Prozent der Unternehmen, ihren Personalbestand auszubauen. Gleichzeitig rechnet jedoch mehr als jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahl.

Im Handel werden die Personalplanungen insbesondere durch hohe Arbeitskosten sowie die anhaltende Konsumzurückhal-



tung belastet. Lediglich sieben Prozent der Handelsunternehmen planen einen Personalaufbau, während ein Viertel der Betriebe von einem Beschäftigungsrückgang ausgeht. Im Großhandel beabsichtigen neun Prozent der Unternehmen zusätzliche Einstellungen, im Einzelhandel sind es lediglich vier Prozent. Gleichzeitig plant jeweils rund ein Viertel der Groß- und Einzelhändler, Stellen abzubauen oder freierwerdende Stellen nicht neu zu besetzen.

Arbeitsmarktpolitische Reformen stehen weit oben auf der Agenda der Unternehmen im Ruhrgebiet

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Betriebe vor allem mehr Flexibilität und eine Entlastung bei den Arbeitskosten fordern. Mit 66 Prozent spricht sich die Mehrheit der Unternehmen für eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge aus. Fast jedes zweite Unternehmen (49 Prozent) wünscht sich zudem eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes.

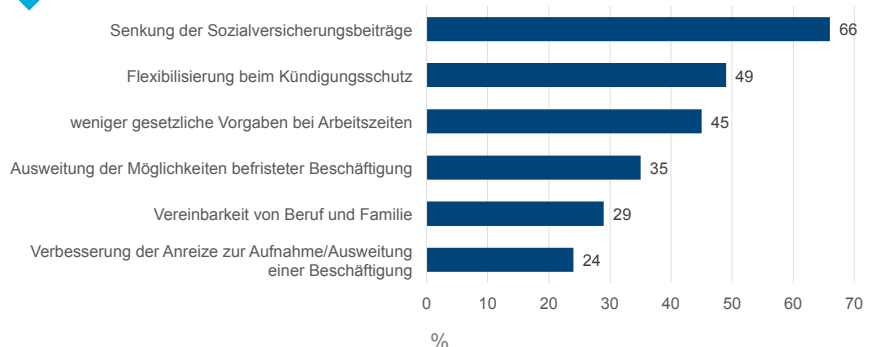
Weniger gesetzliche Vorgaben bei den Arbeitszeiten befürworten 45 Prozent der Befragten. Darüber hinaus sprechen sich 35 Prozent für eine Ausweitung der Möglichkeiten befristeter Beschäftigung aus.

Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexiblere Regelungen wünschen sich 29 Prozent der Unternehmen. Knapp ein Viertel der Betriebe (24 Prozent)

sieht zudem Verbesserungsbedarf bei den Anreizen zur Aufnahme oder Ausweitung einer Beschäftigung.

66%
der Unternehmen
sind für eine Senkung
der Sozialversicherungs-
beiträge

Welche der folgenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen würden Ihrem Unternehmen helfen?



75%
der Unternehmen
nutzen KI-Anwendungen

Verbreiteter Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Unternehmen



Künstliche Intelligenz (KI) entwickelt sich zunehmend zu einem festen Bestandteil des Unternehmensalltags im Ruhrgebiet. Drei von vier Unternehmen (75 Prozent) nutzen bereits KI-Anwendungen, um ihre Effizienz zu steigern, Prozesse zu optimieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Besonders weit verbreitet ist der Einsatz von KI im Dienstleistungssektor. Dort setzen bereits 82 Prozent der Unternehmen entsprechende Technologien ein. In der Industrie berichten 75 Prozent der Betriebe, KI insbesondere zur Steigerung der Produktivität einzusetzen. Im Handel

liegt der Anteil der Unternehmen, die KI nutzen, mit 63 Prozent noch unter dem Durchschnitt der übrigen Wirtschaftszweige.

Branchenübergreifend erwarten die Unternehmen durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz vor allem tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt. So gehen 38 Prozent der Betriebe davon aus, dass der Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarf ihrer Beschäftigten steigen wird. Rund ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) erwartet zudem eine deutliche Veränderung der Tätigkeitsprofile.

Umgang mit Künstlicher Intelligenz im Unternehmen



Mit Blick auf die Beschäftigungsentwicklung rechnen 25 Prozent der Unternehmen damit, dass der Personalbestand künftig eher zurückgehen wird. Lediglich drei Prozent erwarten dagegen einen Beschäftigungsaufbau. Über Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften mit KI-Kompetenzen berichten bislang acht Prozent der befragten Unternehmen. Die Ergebnisse zeigen, dass die erfolgreiche Nutzung von Künstlicher Intelligenz vor allem von der Fähigkeit abhängen wird, die Beschäftigten auf neue Anforderungen vorzubereiten und entsprechende Kompetenzen aufzubauen.

Impressum

117. Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet
(IHKs zu Dortmund, zu Duisburg, zu Essen, Mittleres Ruhrgebiet, Nord Westfalen)

Redaktion: Ralf Bollenberg, IHK zu Dortmund

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
(Federführer 2026)

Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
Märkische Straße 120
44141 Dortmund

 www.ihk.de/dortmund